

# Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Ersteinst an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundziffern in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tag Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Jug. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 160

Mittwoch, den 11. Juli 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Montag, den 16. Juli 1928

## Biehmarkt in Pulsnitz. Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

### Das Wichtigste

Das Bombenattentat in Moskau wird jetzt amtlich bestätigt. Die ganze „Italia“ Mannschaft scheint jetzt endgültig verloren zu sein. Heute Mittwoch wird das diesjährige große Sommerlager der dänischen Pfadfinder an der Ostküste Nordschleswigs bezogen. Im holländisch indischen Volkstanz wurde gestern die Abschaffung der Todesstrafe mit 25 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Die große internationale Luftschiffertagung soll im Jahre 1929 in Kopenhagen abgehalten werden. Auch die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat beschlossen, sich nicht an dem Besuch der Internationalen Presseausstellung in Köln zu beteiligen, unter Hinweis auf die ablehnende und verletzende Haltung, die die Stadt Köln und ihr Oberbürgermeister den deutschen Dzeanfliegern haben zuteil werden lassen.

### Vertikale und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Volksschule.) Die Sommerferien beginnen am 12. Juli und enden am 12. August.  
**Pulsnitz.** (Der Elternrat) wählte in seiner ersten Sitzung Herrn Danizel zu seinem Obmann. Mitglieder des Elternrats brachten zum Ausdruck, daß manche Leute über das Schulwandern noch ganz sonderbare und unbegründete Ansichten haben; Aufklärung scheint immer noch nötig. In einem Elternabend soll darum über Wanderungen usw. wieder einmal gesprochen werden.

(Den Ferien entgegen.) Es ist etwas Eigenartiges um diese letzten Vororientage. Ein Glanz liegt über ihnen wie in der märchenlingenden Adventszeit, ein heimliches Sichfreuen und Sehnen, ein Planschmieden und Luftschiffbauern, und alles ist erfüllt von Vorbereitungen und Vorarbeiten, die einen nicht zur Ruhe kommen lassen und doch, genau, wie in der Adventszeit, ohne Murren und ohne Klagen mit lachendem Munde und blickenden Augen vollbracht werden. Am schwersten sind die Zeiten natürlich für die Hausfrau, die noch einmal Herrschaft abhalten muß über Kleider- und Wäscheschrank. Und dazu hat sie die nie leichte Aufgabe, dem gestrengen Hausherrn noch so manchen Reichs-marshaus aus der Tasche zu schmeicheln. Der Hausherr hat die Aufgabe des Reismarschalls, und auch die erfordert allerlei Vorbereitungen. Am allerschwersten aber sind diese Wochen für die Buben und Mädels. Sie stehen wieder einmal unter der bedrückenden Devise: „Wenn du nicht — darfst du nicht mit!“

(Mebers Barfußgehen.) Kinder sind zu beneiden darum, wenn sie barfuß gehen dürfen, weil sie damit einen außerordentlich wertvollen Gesundheitsschutz erwerben. Die Gesundheit des Zentralnervensystems (Gehirn und Rückenmark) hängt zu einem großen Teile von der Zuleitung der normalen Reize ab. Der Sonnenstrahl zum Beispiel, der auf der Haut jenes wohlige Gefühl der Wärme erzeugt, das kalte Wasser, dessen belebende Wirkung beim Baden, bei der Abwaschung, besonders nach stärkeren Anstrengungen, so deutlich zu spüren ist, wirken dadurch, daß sie auf die Hautnerven einen fühlbaren Reiz ausüben, der dann weiter nach Gehirn und Rückenmark geleitet wird. Solche Reize braucht das Nervensystem, und es kann daher nicht seine normale Kraft bewahren, es muß erkranken, wenn ihm die naturgemäßen Reize nicht zugeleitet werden. Vor allem gibt es kaum ein besseres, „ableitendes und beruhigendes“ Mittel für die Kopfnerven, als das Barfußgehen. Auch die Magen-nerven werden durch das Barfußgehen günstig beeinflusst. Trotzdem es sich weit leichter barfuß läuft als beschuht, wird man doch nach einem Barfußmarsch, trotz geringerer Anstrengung einen regeren Appetit verspüren und besser verdauen, als nach einem Marsch in Schuhen und Strümpfen. Der Fuß ist das in der naturgemäßen Pflege am meisten vernachlässigte Glied am menschlichen Körper und den wohl-tätigen Einwirkungen von Luft, Licht und Sonne das ganze Jahr bei vielen das ganze Leben hindurch, sorgfältig entgegen-zunehmen. (Berichtigung.) Es ist unklar, daß in unfeinerer Mitteilung an die sächsische Presse über die Gründung

## Der Kellogg-Pakt vor dem Auswärtigen Ausschuss

Deutschland wird unterzeichnen

Der Nationalfeiertag gescheitert (f. Reichstag) — Pariser Pressestimmen zum Rücktritt Volpisi

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat am Dienstag zu einer Beratung zusammen, die sich mit dem Kellogg-Pakt, den Verhandlungen des Sicherheitskomitees in Genf und den letzten Sitzungen des Völkerbundes beschäftigte. Staatssekretär v. Schubert gab einen Bericht über den Kellogg-Pakt.

Am Schluß der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses gab der Vorsitzende Abg. Scheidemann (Soz.) den besten Wünschen des Ausschusses für eine baldige völlige Genehmigung des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Stresemann Ausdruck.

Die Ergebnisse der Verhandlung zusammenfassend, erklärte der Vorsitzende: Die große Mehrheit des Ausschusses habe ihr Einverständnis damit ausgesprochen, daß die Reichsregierung die letzte amerikanische Note über den Kellogg-Pakt alsbald zustimmend beantwortet.

### Weitere Pariser Pressestimmen zum Rücktritt Volpisi

Paris, 11. Juli. Im Mittelpunkt des Interesses steht hier der Rücktritt des Grafen Volpisi, den man trotz der gegenteiligen Erklärung der italienischen Regierung auf die schwere wirtschaftliche Krise in Italien zurückführt, die nach Ansicht der Presse ständig im Fortschreiten begriffen sei. Der italienische Innenhandel leide schwer, während der Außenhandel ständig zurückgehe. Auch Volpi hätte erkennen müssen, daß die Stabilisierung sich auf die Dauer nicht halten lasse. Hieran könne auch das Ueberhandnehmen politischer Strafmaßnahmen gegen die Opposition nichts ändern. „Journal de Debats“ weist darauf hin, daß das italienische Wirtschaftssystem auf auswärtigen Krediten beruhe, von denen der größte Teil aus Amerika gekommen sei. Neue Kredite zu erhalten, würde für die italienische Regierung sehr schwierig sein, falls es ihr doch bereits schwer, die alten abzubauen. Auch die imitalienischen Bankkredite seien stark abgepannt. Die Zahl der Bankrotte seien ständig im Steigen. Um allen Schwierigkeiten abzuhelfen, habe Mussolini dem neuen Gouverneur der Bank von Italien außerordentliche Vollmachten erteilt. Vermutlich habe Graf Volpi dies mit seiner Stellung als Finanzminister nicht vereinbart gefunden und sei daher zurückgetreten. „Journal de Debats“ glaubt aus gut unterrichteter Stelle erfahren zu haben, daß Volpi der Anschauung gewesen sei, daß nach Stabilisierung des französischen Franken zu einem Kurse von 124, Italien die industrielle Konkurrenz nicht aushalten werde und daher vorgeschlagen habe, die Verantwortung für die Stabilisierung der Lira einem anderen zu übertragen. Die Ereignisse würden beweisen, wer Recht habe.

### Um die Ausdehnung der Krisenfürsorge.

Der Standpunkt des neuen Reichsarbeitsministers.  
Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages besprach am Dienstag den kommunistischen Antrag auf Ausdehnung der Krisenfürsorge. Der neue Reichsarbeitsminister Wiffel nahm die Gelegenheit wahr, um seinen Standpunkt in programmatischen Ausführungen darzulegen. Wiffel warf die Frage auf, ob der Arbeitsmarkt gegenwärtig die „andauernd besonders ungünstige Lage“ aufweise, die das Gesetz für die Krisenunterstützung verlangt. Das Baugewerbe sei nicht ganz so gut beschäftigt wie im vergangenen Jahre. In der Industrie lägen die Dinge nicht einheitlich. Der Markt der ungelerten Arbeiter habe in den letzten Wochen eine wesentliche Entlastung erfahren. Man müsse aber mit Sorge der Entwicklung im Herbst und

Winter eingesehen. Heute könne man von einer „andauernd ungünstigen Lage“ noch nicht sprechen. Der Reichstanzler habe in der Regierungserklärung angekündigt, er beabsichtige, die Dauer der Krisenunterstützung für die älteren Angestellten und Arbeiter über die gegenwärtige Grenze hinaus zu verlängern, und zwar so, daß in Härtefällen diese Personen

Krisenunterstützungen bis zur Dauer von 52 Wochen erhalten können. Damit wolle er der Tatsache Rechnung tragen, daß der Arbeitsmarkt für die älteren Arbeitnehmer keine besondere Ungunst zeige. Weiter sei angeordnet worden, die Bestimmungen über die Prüfung der Bedürftigkeit günstiger für die Krisenunterstützung zu gestalten. Er sei gern bereit, dieser Anordnung nachzugehen. Nach der Erklärung des Kanzlers sei es ungleich wertvoller, die Arbeitslosen zur Arbeit zurückzuführen. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sei neuerdings nochmals angewiesen worden, die Durchführung der Vorschriften auf die Beschäftigung von Krisenunterstützten in der Praxis von den Landesarbeitsämtern besonders überwachen zu lassen und zu berichten, wenn besondere Maßnahmen notwendig erschienen.

### Die Schwierigkeiten der Reichsamnestie.

Die Antworten der Länderregierungen auf die Rückfrage des Reichsjustizministers wegen der Zustimmung zu einer Reichsamnestie liegen jetzt vor. Diese Antworten ergeben jedoch ein Bild völliger Ungleichmäßigkeit. Von mehreren Ländern, darunter von Preußen, sind Bedenken geäußert worden, so daß dem Reichstag, wenn er die Amnestie durchführen will, nichts anderes übrigbleibt, als mit einem verfassungsändernden Gesetz von sich aus die Amnestie für Reich und Länder zu beschließen. Ueber diese Frage wird noch eine Parteiführerbesprechung aller großen Parteien einschließlich der Deutschnationalen mit dem Reichsjustizminister stattfinden. Daraufhin wird dann der Rechtsausschuss eine Entscheidung treffen.

### Eine Erklärung der Deutschnationalen

Die Deutschnationale Pressestelle geht in einer Erklärung auf die Darstellungen ein, die von einem großen Teil der deutschen Presse über die Tagung der deutschnationalen Parteivertretung veröffentlicht wurden. Es heißt in der Erklärung, diese Darstellungen seien von dem Bestreben geleitet, den Meinungskampf in der Parteigemeinschaft in eine Parteisplaltung umzuwandeln. Sorgfältig werde das wiederholte Bekenntnis zur Parteigemeinschaft dabei verschwiegen und ebenso die einstimmigen und einmütigen Vertrauensstimmungen für den Parteiführer, den Grafen Westarp. Die deutschnationale Pressestelle stellt daher erneut fest, daß die Parteinheit und die Parteigemeinschaft, deren Träger der Parteivorstand, Graf Westarp, ist, unerschütterlich bleibe. Die Zuschrift fährt dann wörtlich fort: „Die Behauptung, daß von der sogenannten Opposition mit dem Hinweis auf ihre Fraktionsstärke gedroht worden sei, ist eine nichtswürdige Erfindung. Man will damit die Aktionsfähigkeit der Partei lähmen. Wir können unseren Gegnern unter dem Hinweis auf den einstimmig gefassten Oppositionsbeschluss versichern, daß ihre so lebhaft geäußerte Hoffnung auf eine Schwächung der Deutschnationalen Partei und damit auf eine lau und zögernd geführte Opposition enttäuscht werden dürfte.“

### Rein Rücktritt der Parteivorstandenden.

Die von einem Berliner Mittagsblatt gebrachte Nachricht, wonach Graf Westarp und Eggellenz Wallraf ihre Ämter als erster und zweiter Parteivorstandender niedergelegt hätten, wird von der deutschnationalen Pressestelle als fre erfunden bezeichnet.